

Die Agrarpolitik der Europäischen Union wird ab 2014 neu ausgerichtet. Kein Wunder, dass sich zahlreiche Interessensverbände mit Vorschlägen zu Wort melden. Mitreden zu wollen, ist allerdings nicht ganz einfach, denn man muss das komplexe Regelungsgeflecht verstehen, muss eine Fülle von Fachbegriffen lernen und die Verflechtungen zur Weltwirtschaft kennen, um beurteilen zu können, welchen Handlungsspielraum der Bauer von heute eigentlich hat und wie sich Änderungen des Regelwerks auf Natur und Landschaft auswirken.

Die EU will eine weltmarktfähige Landwirtschaft, betrieben von Unternehmern mit einem guten Lebensstandard. Dies klingt verständlich, hat aber fatale Auswirkungen: Alles, was diesen beiden Anforderungen nicht genügt, passt nicht ins System und wird über kurz oder lang verschwinden. Verschwinden werden die restlichen kleinbäuerlichen Betriebe und mit ihnen all das, was von Kleinbauern bewirtschaftet worden ist und was Großbauern nicht mehr machen. Vereinfacht gesagt: Alles, was nicht groß, quadratisch und praktisch ist, ist nicht zukunftsfähig. Und da gehört eine Menge dazu: Kleine Grundstücke, schlechte Böden, Parzellen an Steilhängen, zu trockenes und zu feuchtes Gelände – kurzum: Alles, was unter heutigen Maßstäben nicht wirtschaftlich zu betreiben ist.

Einen guten Lebensstandard gönnt man jedem Landwirt, gar keine Frage, aber darf es wirklich sein, dass nur noch zählt, was sich auf dem Weltmarkt rechnet? Zahlreiche Umweltverbände mahnen eindrücklich, dass der seit langem feststellbare Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht nur die reine Produktionslandschaft zum Ziel haben darf. Zumal enorme öffentliche Mittel in die Landwirtschaft fließen und die Öffentlichkeit dafür auch eine ansprechende Kulturlandschaft erwarten darf.

Tatsache ist, dass die Landwirtschaft voll am Tropf öffentlicher Gelder hängt. Es wird bei uns nichts produziert, das nicht in irgendeiner Weise gefördert wird – auch wenn die Produktion ohne Zuschuss gewinnbringend wäre. Schon allein das Vorhandensein landwirtschaftlicher Nutzfläche bringt Direktzahlungen – etwa 300 Euro pro Hektar und Jahr. So hat man seither auch unproduktive landwirtschaftliche Betriebe über Wasser gehalten, egal, was erzeugt wurde und mit welchen Methoden. Die Großen haben davon gut profitiert, die Kleinen konnten überleben. Gegen dieses «Gießkannenprinzip» richtet sich am meisten die Kritik der Umweltverbände: Auf derartige Flächenprämien solle man weitgehend oder sogar ganz verzichten und stattdessen Leistung bezahlen – erbrachte Leistung für die Umwelt und die Allgemeinheit. Wer Steilhänge, Heckenlandschaften oder Feuchtgebiete bewirtschaftet, soll viel bekommen, wohingegen der

Bewirtschafter eines quadratischen Ackers ausschließlich vom Verkauf der Produkte leben soll.

Klar, dass hierüber diskutiert und Politik gemacht wird. Klar zeichnet sich schon ab, dass die Politik nichts Grundsätzliches ändern will. Im Zusammenhang mit der Vergrößerung der EU bei gleichbleibenden Mitteln werden die Großen sowieso schon weniger bekommen, wie soll man da noch Ansprüche anderer befriedigen können? So dürfte die sogenannte «zweite Säule», das sind die Gelder für die EU-Umweltprogramme, kaum ab 2014 wachsen. Und deshalb muss man wirklich fragen: Was will die EU eigentlich? Soll mit den EU-Geldern möglichst produktiv gewirtschaftet werden, oder soll unsere Kulturlandschaft gefördert werden, indem derjenige, der unter erschwerten Bedingungen wirtschaftet, Gelder bekommt? Wird das ebene, hoch gedüngte Löwenzahn-«Grünland» gefördert oder die blumenbunte Wiese zwischen Steinriegeln am Hang?

Um unsere vielfältige Kulturlandschaft mit all ihren natürlichen und vom Menschen geschaffenen Elementen erhalten zu können, sind einige Fördermaßnahmen zwingend:

- Mindestanforderungen des Natur- und Umweltschutzes (z.B. Boden- und Erosionsschutz, Biotopvernetzung) müssen über eine «ökologische Grundprämie» auch an intensiv genutzten Hohertragsstandorten erfüllt werden.
- Um die biologische und kulturlandschaftliche Vielfalt sichern zu können, bedarf es der Förderung extensiver landwirtschaftlicher Produktion über eine gezielte Agrar-Umweltförderung.
- Auf nicht mehr wirtschaftlich zu bewirtschaftenden, jedoch ökologisch oder landschaftlich bedeutsamen Flächen, die durch Nutzungsaufgabe bedroht sind, sind gezielte Landschaftspflegemaßnahmen ohne direkten betriebswirtschaftlichen Bezug zu fördern.
- Und schließlich sind alle Fördermaßnahmen auch an ihrer Effektivität für die Umwelt zu messen, nicht nur am betriebswirtschaftlichen, weltmarktabhängigen Nutzen!

Man darf gespannt sein, ob es gelingen wird, diese Grundsätze in Ansätzen zu verwirklichen. Ansonsten brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn das Höfesterben weitergeht, die verbleibenden Bauernhöfe vollends zu Biogasbetrieben werden und Gras und Getreide nicht mehr zur Lebensmittelproduktion, sondern zur Energieerzeugung verwenden. Egal, wie unsere Landschaft dann aussieht.

Die Politik und unsere Interessensverbände haben es in der Hand, wie die EU ab 2014 funktionieren und unsere Landschaft dann aussehen wird. Die Weichen dazu werden derzeit gestellt!